

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt der Gemeinde Raesfeld für das Jahr 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Andreas Grotendorst,
sehr geehrter Herr Ehrenbürgermeister Udo Rößing,
meine Damen und Herren,

„Total besteuert“ heißt ein Buch von Ursula Ott, in dem sie beschreibt, „wie ich ganz allein den Staatshaushalt retten soll.“

Darin beschreibt Ursula Ott in einzelnen Kapiteln,

- warum man sich mit ebenso viel Sorgfalt seinen Steuerberater aussuchen sollte, wie den Friseur.
- warum mit Finanzbeamten auf Partys keiner reden will und
- warum allein der Anblick eines Steuererklärungsformulars ein Lustkiller ist.

In dem Kapitel „Große Fische – kleine Fische“ spricht sie das Thema Steuergerechtigkeit an und erläutert ihre These, „Warum die Steuergerechtigkeit ein Märchen ist und manche gleicher sind als gleich.“ Weiterhin geht sie der Frage nach, wie die Steuergelder verwendet werden und in welchem Rahmen sie verschwendet werden. Obwohl sie in ihrem Buch viele Ärgernisse und Fallstricke der Steuerzahler rund um das Thema Steuern aufdeckt, trägt sie grundsätzlich gerne dazu bei, dass Schulen und Straßen gebaut werden.

So oder ähnlich humorvoll könnte man mit dem Thema öffentliche Finanzen und mit dem Haushalt der Gemeinde Raesfeld umgehen, allein die Botschaften der letzten Monate und Tage lassen alle, die ihre Verantwortung ernst nehmen, anders damit umgehen, im schlimmsten Falle nicht mehr ruhig schlafen.

Denn das, was uns die aktuelle Landesregierung mit ihrem GFG für 2011 zumutet, ist mehr als starker Tobak.

Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz hat die Landesregierung einen Aufschrei in zahlreichen Städten und Gemeinden provoziert. Viele von ihnen werden nach diesem Entwurf quasi über Nacht massiv Schlüsselzuweisungen verlieren – Geld, das in den mancherorts bereits verabschiedeten Etats für 2011 fest eingeplant war. Die Kommunen sind ohnehin

klamm bei Kasse. Klar, die veraltete Berechnungsgrundlage für den kommunalen Finanzausgleich musste aktualisiert werden. Und eine – leichte – Erhöhung des „Soziallastenansatzes“ war ebenfalls unstrittig. Aber die jetzt drohenden drastischen Änderungen sprengen den Rahmen. Vor allem die dramatisch angestiegene Gewichtung der Soziallasten. Der Multiplikator wurde hier von 3,9 auf sagenhafte 9,6 mehr als verdoppelt, eine weitere Erhöhung auf 15,3 steht in 2012 an. Das zuvor um Expertise gebetene ifo-Institut hatte eine moderate Anhebung des Gewichtungsfaktors um zehn Prozent auf 4,2 vorgeschlagen. Aber nicht nur der Ausfall an Schlüsselzuweisungen zwingt uns zu Steuererhöhungen. Durch die gleichzeitig vorgenommene Anhebung des fiktiven Hebesatzes bei den Grundsteuern und der Gewerbesteuer zwingt die rot-grüne Landesregierung die Kommunen, die noch darunter liegen, diesen „Mindestsatz“ zu beschließen, wenn wir nicht noch mehr Landesmittel verlieren wollen.

Auch, wenn die Borkener Zeitung vor Wochen unter der Überschrift „Rückendeckung für die geplagten Bürgermeister“ schrieb: „Den Bürgermeistern auf der Besuchertribüne des Landtages muss es warm ums Herz geworden sein. So viel Verständnis und Rückendeckung – zumal aus allen Fraktionen des Landtages – haben sie lange nicht erlebt.“ **Nur noch acht von 429** Städten und Gemeinden sind in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Von dieser **Rückendeckung** ist wenige Wochen später nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil, durch die „frohe Botschaft“ der Landesregierung vom 23. Dezember 2010 wissen wir, woran wir sind.

Da hilft auch der Spruch des Fußballkaisers Franz Beckenbauer „Ja, ist denn heut` schon Weihnachten?“ nicht weiter. Wie ein guter Weihnachtsmann will die neue Regierung Geschenke verteilen.

- Für die Kinder gibt es demnächst einen prall gefüllten Kulturrucksack. Sie dürfen etwa zukünftig die Kultureinrichtungen des Landes zum Nulltarif besuchen. Wie sollen da sparsame Kämmerer erklären, dass die Nutzung der Bücherei Geld kostet, die Ausstellung im Landesmuseum aber gratis ist?
- Apropos junge Leute. Die Studiengebühren sollen entfallen. Aus Sicht der Studierenden sollte man sich aber nicht zu früh freuen. Bekanntlich benötigen viele Hochschulen die Studiengebühren händeringend, um eine gewisse Qualität von Forschung, Lehre und Betreuung der Studenten sicherzustellen.
- Das nächste Geschenk verteilen die Wohltäter an die Städte. Für sie ist ein 650 Mio. € schweres „Stärkungspaket Stadtfinanzen“ im Geschenksack. Zu hören ist,

dass dieses Geld zum einen von **den** Kommunen kommen soll, deren Finanzen in Ordnung sind. Die betroffenen Städte und Gemeinden, meist schuldenfrei und/oder steuerstark, werden letztlich für ihre Sparsamkeit bestraft.

- Zum anderen plant das Land eine eigene finanzielle Beteiligung. Das Problem: Mangels Überschüssen sind dies die nächsten Schulden im Landeshaushalt.
- Ein Geschenk für die Stadtwerke ist auch dabei. Sie sollen der privaten Wirtschaft wieder mehr Konkurrenz machen dürfen. Es mag ja durchaus Gründe geben, öffentliche Energieversorger ganz bewusst als Konkurrenz und Regulativ gegen die großen Stromkonzerne in Position zu bringen. Doch wenn Stadtwerke und kommunale Bauhöfe demnächst der privaten Wirtschaft wieder mehr Konkurrenz machen dürfen, liegt eine Frage auf der Hand: Wo eigentlich sollen die Steuereinnahmen herkommen, die die Städte und Gemeinde so dringend brauchen?

Wenn die große Politik es nicht schafft, brauchen wir neue Ansätze:

- Wie wäre es mit unabhängigen Sparberatern?
- Wie wäre es mit verbindlichen Zielen zum Schuldenabbau
- Wie wäre es mit daran gekoppelten Landeshilfen?
- Wie wäre es mit weniger Steuern?
- Wie wäre es mit einem Masterplan „schwarze Null“?

Nur so kann langfristig die Entschuldung gelingen. Und, da weniger Schulden letztlich geringere Steuern bedeuten, würde die Allgemeinheit entlastet.

- Geringere Schulden?
- Weniger Steuern?
- Schlanke Staatsstrukturen?

Diese Geschenke macht die Landesregierung ihren Bürgern **nicht**. Aber, da im Landtag jetzt immer wieder neue Mehrheiten gesucht werden müssen, werden diese Präsente vielleicht nachgereicht. „Schau`n wir mal“ würde Kaiser Franz sagen.

Schau`n wir mal auf die Auswirkungen dieses skandalösen Umgangs mit der Verantwortung für die kommunale Selbstverwaltung. In vielen Städten und Gemeinden zeigt sich an sanierungsbedürftigen Schulen, kaputten Straßen und maroder öffentlicher Infrastruktur die

eklatante Unterfinanzierung der Kommunen. Ihre Kommunen angemessen mit Finanzmitteln auszustatten, ist Verantwortung des Landes. Dieser Verantwortung kann sich die rot-grüne Landesregierung mit Hinweisen auf Versäumnisse des Bundes nicht entziehen.

Erstaunlich finde ich in diesem Zusammenhang die Beispiele von Verschwendung, die der Landesrechnungshof Jahr für Jahr anprangert. Hier scheint immer noch Geld **aus der leersten Kasse** zu kommen.

Unter der Überschrift „Gute Schulden, schlechte Schulden“ schreibt der Bund der Steuerzahler in seinen NRW-Nachrichten, dass die kurzfristigen Kassenkredit boomen. Im Jahr 2000 betrugen sie in den NRW-Kommunen „nur“ 2,5 Mrd. €, Ende 2009 bereits 17 Mrd. €. Auch hier tickt eine finanzpolitische Zeitbombe. Viele Städte und Gemeinden finanzieren so ihre laufenden Ausgaben auf Pump, ohne entsprechende Gegenwerte zu schaffen.

Die Debatte um den Haushalt des Landes NRW legte die Schwachstelle der rot-grünen Koalition offen: Trotz anziehender Konjunktur, die sich schon bald in steigenden Steuereinnahmen niederschlagen wird, und einem kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit auch in NRW legt Rot-Grün einen Haushalt mit Rekordschulden vor.

Die Gründe liegen auf der Hand: Die Finanzierung von Wahlversprechen kosten Geld, viel Geld.

- 300 Mio. € für die Städte,
- Ausgleich für wegfallende Studiengebühren
- Kostenlose Kita für Eltern
- Streichung der Elternbeiträge für das letzte Kindergartenjahr
- Aufstockung von Personal in den Landesverwaltungen

SPD und Grüne lassen sich wahrlich nicht lumpen. Gegenfinanziert ist davon nichts. Schon heute schnüren Zinszahlungen den Handlungsspielraum des Landes dramatisch ein, und **es sollen 7,8 Mrd. neue Schulden dazukommen.** Zur Zeit ist das Zinsniveau niedrig. Doch dies kann sich schnell ändern. Und damit müsste das Land ganz schnell höhere Zinsen für die angehäuften Schulden zahlen - eine Horrorvorstellung, nicht nur für den Finanzminister. Die Handlungsfähigkeit des Landes wird nicht allein von Hedgefonds oder Zockern eingeschränkt oder angegriffen, sondern von Politikern aufs Spiel gesetzt, die ihren Bürgern aus politischem

Kalkül vormachen, das Land könne weiter über seine Verhältnisse leben. Irgendwann wird die Rechnung kommen – ich fürchte wir alle werden sie bezahlen müssen. Eine Regierungschefin, die nur gequält lächelt und solche Sprüche wie „die Politik des Rotstifts bringt bestenfalls nur kurzfristige Entlastungen“ von sich gibt, hat dieses Land nicht verdient. Sogar der SPD-Politiker und frühere NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück beklagt in seinem jüngsten Buch die mangelnde Wirtschaftskompetenz der SPD-Politiker.

Aber es gibt ja einen Trost: In NRW haben hoch verschuldete Kommunen bald **Zeit ohne Ende** für die unumgängliche Etatsanierung. Was auf den ersten Blick kommunalfreundlich aussieht, wird sich beim näheren Hinsehen zum großen Problem für die Städte und Gemeinde und für die Steuerzahler entwickeln. Bisher mussten die Kommunen, die den vorgeschriebenen Haushaltsausgleich nicht erreichten, im Rahmen eines Sparkonzeptes in drei Jahren auf den Pfad der Tugend zurückfinden. Das gelang jedoch insbesondere den hoch verschuldeten Städten im Revier fast nie. **Deshalb soll diese Dreijahresfrist jetzt gestrichen werden.** Der Kommunalaufsicht wird damit ein wichtiges Disziplinierungsinstrument genommen. Es ist doch eine allgemeine Lebenserfahrung, dass man manchmal Grenzen setzen muss, auch um allzu freigebige Kommunalpolitiker an die Kandare zu nehmen. Stattdessen werden jetzt die Zügel gelockert. Sparziele könnten so viel leichter als bisher **aufgegeben** werden. Die Alternative – höhere Steuern und noch mehr Schulden – können selbst Steuerzahler nicht überzeugen.

Sind also die Kommunen noch zu retten? – Unbedingt sagt der Bund der Steuerzahler, der zu diesem Thema eine kommunalpolitische Tagung abgehalten hat. Unbedingt, wenn die Politiker den Mut haben, streng zu sparen. **Das heißt für die CDU-Fraktion : ein finanzpolitischer Richtungswechsel ist „alternativlos“.** Auch, wenn ich damit das Unwort des Jahres benutze. Statt immer neue Schulden zu machen, sollten die Kommunen Tilgungspläne erarbeiten.

Nicht umsonst hat der Verfassungsgerichtshof NRW mit Beschluss vom 18. Januar 2011 der rot-grünen Landesregierung im Wege einer einstweiligen Anordnung aufgegeben, bis zum Abschluss der von der CDU- und FDP-Fraktion eingereichten Verfassungsklage von einem Abschluss der Haushaltsbücher abzusehen und keine weiteren Kredite auf Basis des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 vorzunehmen.

Damit fällt der Verfassungsgerichtshof erstmals einer amtierenden Landesregierung in den Arm, um sie daran zu hindern, einen möglicherweise verfassungswidrigen Haushalt zu vollziehen.

64 % von in NRW befragten Bürgern hat auf die Frage „Sollte es in NRW ein generelles Verbot für neue Schulden geben oder nicht“ – „sollte es geben“ geantwortet. 60 % der Befragten sagen, die Landesregierung soll sparen, um die Verschuldung in den Griff zu bekommen. 63 % sprechen sie für den Abbau von Schulden aus zusätzlichen Steuereinnahmen aus.

Angenommen, Ihr Kontostand wäre so dunkelrot, dass der Bankier Ihres Vertrauens Sie schon vor der Insolvenz gewarnt hätte. Natürlich ist das nur ein Gedankenspiel. Aber, was würden Sie Ihrem Partner dann wohl sagen, wenn er noch weitere Schulden machen wollte? **Genau.** Sie würden sich eine wirklich hervorragende Begründung erbitten. Nehmen wir einmal an, Ihr Partner würde sagen: „In ein paar Jahren müssen wir uns vielleicht noch weiter verschulden, da dachte ich, ich mache die Schulden einfach schon jetzt“. Was würden Sie entgegnen? **Richtig,** gar nichts. Sie würden überlegen, wie Sie Ihrem Partner die Kontovollmacht entziehen können.

Mit der nordrhein-westfälischen Politik verhält es sich kaum anders. Die rot-grüne Landesregierung bewies in den letzten Wochen ihr ausgeprägtes Faible für verwegene Neuverschuldungsstrategien und noch verwegendere Begründungen. (allein **1,3 Mrd. Risikovorsorge für ausgelagerte West-LB-Papiere**) Begründung des Finanzministers: irgendwann in den kommenden Jahren könnte der Fall eintreten, dass für diese Papiere (für die schon 1,2 Mrd. an Reserven bestehen) noch mehr Geld auf den Tisch gelegt werden müsse. Und deshalb (Achtung jetzt kommts) müsse das Land schon jetzt die Neuverschuldung für diesen künftigen Eventualfall auf ein Rekordhoch treiben. Nun ist die rot-grüne Begründung für den geplanten Schuldenexzess zweifellos originell. Allerdings schrammt sie auch hart an der Unverschämtheitsgrenze. Niemand **muss** jetzt Schulden machen, weil er vielleicht später einmal Schulden machen muss. Natürlich wissen das auch die Finanzpolitiker von Rot und Grün. Vermutlich aber wissen sie auch noch etwas anderes: Die Regierung hat derart viele schöne, teure Projekte geplant, dass dafür zusätzliches Geld aufgetrieben werden muss.

Raesfeld hatte zum Zeitpunkt der kommunalen Neugliederung 4 Mi. DM Schulden, die wir in 18 Jahren kontinuierlich abgebaut haben. Die oberste Maxime war immer: „Wir geben nur soviel Geld aus, wie wir einnehmen“. **Nur das schafft in Zukunft selbst das sparsame Raesfeld nicht mehr.** Unsere mühsam angesparten Rücklagen schmilzen wie Schnee vor der Sonne. Der Schlüssel zum Erfolg liegt auf der Ausgabenseite. Wenn es uns gelingt, die regelmäßigen Ausgaben im Griff zu behalten, dann werden wir weiterhin erfolgreich sein.

Geld ausgeben, um zu sparen. In NRW wird der Sozialstaat der Zukunft nun Realität. Meint zumindest Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Sie nennt das **präventive Finanzpolitik**. Auch wenn die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft heißt, sind das ganz bestimmt keine „kraftvollen Verheißungen“, sondern eher das Gegenteil. NRW ist das einzige unter 16 Bundesländern, das einen auf Rekordschulden basierenden **Sozialstaatsausbau** plant. Und zufälligerweise ist NRW auch das einzige unter 16 Bundesländern, dessen Minderheitsregierung von der Zustimmung eines Linkspartei-Landesverbandes abhängig ist, mit dem man nicht viel mehr gemeinsam durchsetzen kann, als Mehrausgaben. Krafts linke Vision legitimiert ein Verhalten das um des puren Machterhalts willen notwendig ist. Frau Kraft selbst hat vorhergesagt, dass die auf Pump finanzierten Mehrausgaben sich erst **ab 2050** wirtschaftlich rechnen und **erst um 2100** so richtig zum Gewinn für die Wirtschaftskraft in NRW werden sollen.

Ähnlich verhält sich auch die ortsansässige SPD. Was unser Ratskollege Rybarczyk in der letzten Hauptausschusssitzung als Meinung der SPD vorgetragen, besser gesagt, an offensichtlich vorgegebenen „Parolen“ abgelesen hat, muss jedem sparsam denkenden Kommunalpolitiker die Zornesröte ins Gesicht treiben. Da fällt es schon einmal schwer, die Contenance zu wahren. Dafür entschuldige ich mich – **nicht**.

Ich erinnere Herrn Rybarczyk an seine Ausführungen zum Haushalt 2010, in denen er formulierte: Schuldenfreiheit sei weiterhin das Ziel. Vorstellungen seien ferner, den Erler Ortskern zu entwickeln, das Kasernengelände zu bebauen, betreutes Wohnen zu installieren und beitragsfreie Kindergärten anzubieten. Haben Sie, Herr Rybarczyk, überhaupt eine Ahnung, wie hoch allein der Betriebskostenzuschuss an die Kindergärten freier Träger ist? (140.000 €) Auf die Frage der **CDU-Fraktion: „Wie soll das denn alles bezahlt werden?“**,

antwortete der Sozialdemokrat: „Hier sind nicht die Kommunen, sondern das Land in der Pflicht“.

Diese Botschaft ist bei Ihren Parteifreunden in der NRW-Regierung wohl grundlegend falsch verstanden worden. Wie das Land mit uns umgeht, kann man nur skandalös bezeichnen. Und unsere SPD-Fraktionsmitglieder haben scheinbar vergessen, warum sie von den Bürgern in den Gemeinderat gewählt worden sind. Gut, dass in Raesfeld die SPD nicht das Sagen hat. Wenn ich richtig überlege, könnte die geringe Bedeutung der örtlichen SPD eine Erklärung dafür sein, dass sie in Düsseldorf nicht gehört wird.

Ich habe in meinen Ausführungen bisher immer von Rot-Grün gesprochen. Ich möchte, bezogen auf den Haushalt, die Grünen ausdrücklich von meiner Kritik ausnehmen. Holger Lordieck hat mit seiner Meinung im Hauptausschuss ein klares Bekenntnis zur lokalen Verpflichtung abgegeben und trägt notwendige finanzpolitische Schritte, die den Gemeindehaushalt betreffen, mit, wie übrigens auch die UWG.

Dass ausgerechnet die Sozialdemokraten das nicht tun, ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten.

Herr Grewing hat in der Hauptausschusssitzung die aktualisierten Zahlen, die das Jahr 2010 betreffen, genannt. Danach ergeben sich erfreulich positive, aber immer noch vorläufige, Veränderungen.

- Der Haushaltsplan für 2010 sah eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 1,9 Mio. € vor, insgesamt 2,5 Mio. € im Finanzplan.
- Die wirtschaftliche Entwicklung nach der allgemeinen Finanzkrise ist wider Erwarten so positiv, dass das Gewerbesteueraufkommen, das vorsichtig mit 1,7 Mio. € eingeplant war, tatsächlich 3,5 Mio. € ausmacht.
- Hinzu kommt, dass einige Maßnahmen, die im Haushaltsplan für 2010 vorgesehen waren, nicht umgesetzt werden konnten, so dass auch hier Einsparungen zu verzeichnen sind. Diese Maßnahmen sind allerdings im neuen Plan für 2011 wieder vorgesehen.

Unter dem Strich heißt das, dass eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage nicht mehr oder nur in geringem Umfang erforderlich ist. Das Ergebnis spricht dafür, dass auch in Raesfeld die wirtschaftliche Entwicklung positiver verlaufen ist, als dies nach der Finanzkrise zu erwarten war. Dennoch ergibt sich aus den Zahlen für den Haushalt 2011 die Notwendigkeit,

die vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen um 350.000,-- € anzuheben. Das hat mit der Erschließung des neuen Baugebietes Dorstener Straße zu tun.

Nach letzten Berechnungen der Verwaltung ergibt sich für 2011 ein dramatischer Einbruch der Schlüsselzuweisungen, statt der eingeplanten 1.953 Mio. € wird die Gemeinde Raesfeld nur noch 1,185 Mio. € bekommen. Der eingeplante Kinderbonus von 26.900,-- € entfällt. Der Ansatz für den Familienlastenausgleich kann von 349.000,-- € auf 385.000,-- € angehoben werden und die allgemeine Investitionspauschale von 350.000,-- € auf 413.000,-- €.

Dagegen wird sich nach allem, was wir vom Kreis Borken erfahren haben, die Kreisumlage von 5.350.000,-- € auf 5.100.000,-- € ermäßigen, d.h., die Kreisumlage wird voraussichtlich von 32 % auf 31,9 % heruntergehen. Die Jugendamtsumlage muss dagegen von 20,1 % auf 22,8 % angehoben werden. Am 22.01.2011 war in der BZ unter der Überschrift „Auf dem Weg der Besserung“ zu lesen, dass der Kreis den Jahresabschluss für **2008** vorgelegt hat und der Jahresabschluss einen Überschuss von 7,7 Mio. € erbracht hat. Komisch finde ich, dass der Betrag der Allgemeinen Rücklage des Kreises zugeführt wurde. Auch wenn der Landrat in Aussicht gestellt hat, einen Teil der Rücklagen, je nach Ergebnis der Jahre 2009, 2010 und 2011 im Jahre 2012 für die kreisangehörigen Kommunen zur Verfügung zu stellen, halte ich diese Handhabung nicht für sachgerecht. Der Kreishaushalt ist ein Umlagehaushalt. Das Geld, das von den Gemeinden offensichtlich zuviel an den Kreis gezahlt wurde, muss m.E. ausschließlich und vollständig an die Gemeinden zurückgezahlt bzw. zur Reduzierung der Kreisumlagebeträge in der Zukunft genutzt werden.

Im Ergebnis heißt das, um auf unsere Zahlen wieder zurückzukommen, dass wir gegenüber den Planzahlen des HH 2011 **eine weitere Verschlechterung um ca. 500.000,-- €** in Worten Fünfhunderttausend Euro hinnehmen müssen. Dies alles führt zu einem Minus bei den liquiden Mitteln von 1,77 Mio. €.

Die Fraktionen von UWG, Grünen und CDU haben übereinstimmend erklärt, dass sie nach Durcharbeit der Zahlen des HH 2011 keine Einsparungsmöglichkeiten sehen, wenn nicht Zahlungen für wichtig gehaltene Projekte ganz oder teilweise eingestellt werden sollen. Dazu sind die Fraktionen übereinstimmend nicht bereit.

Wenn die Gemeinde ihre sog. freiwilligen Leistungen kürzen würde, würde das unabsehbare Folgen für das gemeindliche Leben haben:

Stellen wir uns vor, wir würden:

- Die Verfügungsmittel des Bürgermeisters streichen – er brauchte sich als Repräsentant der Gemeinde bei wichtigen Einladungen z.B. Vereinsjubiläen nicht mehr sehen zu lassen
- Glückwünsche der Gemeinde zu besonderen Geburtstagen und Ehejubiläen streichen. Welche Wirkung würde das besonders bei älteren Menschen in der Gemeinde hinterlassen?
- Die Förderung der Betriebsgemeinschaft der Gemeinde Raesfeld einstellen. Was würde das für die Motivation der Mitarbeiter bedeuten?
- Den Internetauftritt der Gemeinde in einer Zeit, in der sich gerade der Einsatz neuer Medien rasant entwickelt, löschen
- Den Zuschuss an die Feuerwehr streichen. Was wäre das für ein Signal an ehrenamtlich engagierte Leute, die u.U. ihr Leben für andere Menschen einsetzen?
- Bei den sonstigen schulischen Aufgaben die Mittel für das Projekt „Gewalt- und Suchtprävention“, für das Modellprojekt lebens – und erwerbsbezogene Weiterbildung, für Tastaturschulungen, für den Polnischunterricht, für Kontakte zu Partnerschulen, für Schülermitverwaltung streichen, um wie viel ärmer wäre unser Engagement für optimale Schul- und Lernbedingungen?
- Die Förderung der musikalischen Jugendausbildung der Raesfelder Musikvereine einstellen? Wieviel aktive Beschäftigung von und mit Kindern und Jugendlichen ginge verloren? Welch katastrophale Wirkung hätte das auch über Raesfelds Grenzen hinaus?
- Aus der Musikschule Borken aussteigen – aussteigen müssen, weil sich Strukturen verändern? Welche Auswirkungen hat der eigenständige Weg der Gemeinde Velen?
- Den Kostenbeitrag für die VHS Borken nicht mehr zahlen?
- Den Zuschuss für die öffentliche Bücherei nicht mehr einbringen. Wieviel ehrenamtliches Engagement und bildungs- und kulturelles Angebot an Kinder und Familien wäre einfach nicht mehr darstellbar?
- Das Bildungswerk Raesfeld nicht mehr unterstützen?
- Den Kulturkreis Raesfeld mit Signalwirkung nach außen nicht mehr fördern?
- Die Zuschüsse an die Sportvereine nicht mehr zahlen?
- Die Kinder nicht mehr kostenlos mit dem Schwimmbus fahren lassen?

- Die Zuschüsse für Seniorenveranstaltungen, für Ferien- und Freizeitfahrten von Kindern, die Zuwendungen für Neugeborene nicht mehr leisten?

Die Aufzählung kann mit Sicherheit noch erweitert werden!

Auf der einen Seite wird aus der Aufzählung deutlich, dass die Gemeinde außerhalb ihrer Pflichtaufgaben viele Aktivitäten in der Gemeinde unterstützt und fördert. Dies ist häufig mit relativ geringen Aufwendungen möglich. Der Einfluss auf das Gemeindeleben und das Mittun vieler Ehrenamtlicher ist aber enorm. Auf der anderen Seite wird deutlich, was alles nicht mehr laufen würde und um wie viel ärmer das Gemeindeleben würde, wenn sich die Gemeinde anders verhalten würde.

Wir sollten alle daran mitwirken, dass wir diese Möglichkeiten, solange wie möglich konservieren i.S. der Förderung eines aktiven, lebens- und erstrebenswerten Umfeldes für alle Bürger, besonders für Familien mit Kindern.

Hoffentlich spielen uns die allgemeinen finanzwirtschaftlichen Probleme auf Bundes- und Landesebene keinen Streich.

Ich kann hier und heute für die CDU-Fraktion sagen, dass wir alles in unserer Macht stehende tun werden und unsere Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen verlieren werden, so dass unsere lebenswerte Gemeinde Raesfeld sich kontinuierlich positiv weiterentwickeln kann. Ich hoffe und vertraue darauf, dass wir viele, viele Mithelfer finden, die genauso an dieser Zielsetzung interessiert sind und mitarbeiten.

Trotzdem hat die CDU-Fraktion noch einige Punkte auf der Agenda, die ich als kurz-, mittel- oder langfristige Ziele nennen möchte, ohne jetzt damit konkrete Forderungen für den Haushalt zu verbinden:

- 2011 feiert die Gemeinde 25 Jahre Partnerschaft mit der Gemeinde Wehl. Was ist konkret geplant? Wie kann sich wer einbringen?
- Kurzfristige Umsetzung der bereits vorliegenden Beschlüsse für die Wohngebiete Dorstener Straße/Stockbreede, Erle Schermbecker Straße und Erle Kasernengelände. Hier müssen wir dringen Nägel mit Köpfen machen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, dass die ganze Sache scheitert. Die Meldung, dass der Landesumweltminister

Rommel keine weiteren Neubaugebiete mehr will, ist mehr als deutlich. Das sollte für die Grundstückseigentümer, besonders an der Dorstener Straße/Stockbreede Ansporn genug sein.

- Grundstücksvorsorge für die Weiterentwicklung der Gewerbegebiete in Raesfeld und Erle
- Weiterentwicklung der gemeindlichen Planungen z. B. durch einen aktualisierten oder neuen städtebaulichen Rahmenplan für Raesfeld und Erle
- Beschäftigung mit dem Thema: Welche Bedeutung hat das „Betreute Wohnen“ konkret – Welche Auswirkungen haben die geplanten Maßnahmen in Erle und Raesfeld. Was tut die Gemeinde langfristig speziell für ältere Menschen? Lt. Pestel-Studie nimmt die Altersgruppe der sog. „jungen Rentner“ (60 Jahre bis unter 80 Jahre) bis 2020, **das sind keine zehn Jahre mehr**, um 57 % zu. Bei den Hochbetagten (80 Jahre und älter) ergibt sich bis 2020 eine Verdoppelung von ca. 320 auf 640 Personen. In den letzten Tagen war in der Zeitung zu lesen, dass in den nächsten Jahren 150.000 Pflegekräfte fehlen werden. (das ist doch eine riesige Herausforderung – vielleicht aber auch eine Chance, wenn die Gemeinde auch für alte Menschen attraktiv ist bzw. bleibt.
- Fortschreibung der Abwasserbeseitigung – Druckrohrleitung oder Kläranlagenerweiterung
- Änderung der Kanalanschlussbeitragsatzung
- Diskussion über den Anschluss der Gemeinde Raesfeld an das überörtliche Radwegenetz (Beispiel – Einklang mit Kreisplanung Homerstraße) und Formulierung des Handlungsbedarfs für die Zukunft
- Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung unter besonderer Berücksichtigung rückläufiger Schülerzahlen
- Überprüfung der Nutzungsquoten in der Bücherei durch die Raesfelder/Erler Schulen
- Aktivierung der Internetseite bzw. Nutzung der Internetseiten von Wikipedia mit dem Ziel, den Umfang der Informationen zu unserer Gemeinde aus Sicht der Bürger auszubauen – Stichwort „Raesfeld-Pedia“.
- Prüfung der Möglichkeiten zur zeitgemäßen Präsentation der Ausstellung „Unsere Heimat im Krieg“ in Zusammenarbeit mit dem Heimatverein, desgleichen für das sog. Schulmuseum. Beide Museen sind inhaltlich sehr interessant, die Darbietung lässt aber zu wünschen übrig

- Die CDU-Fraktion regt an, das Fotoarchivs der Gemeinde z.B. durch Zukauf neuer Fotos, zeitlich im Anschluss an die Sammlung von Ignaz Böckenhoff kontinuierlich zu ergänzen
- Ich wiederhole unser Bitte nach Einrichtung eines gemeindlichen Archivs (Kontaktsuche zu Personen aus bzw. in Raesfeld, von denen bekannt ist, dass sie „Material“ über ihre Heimatgemeinde sammeln bzw. gesammelt haben wie die Nachfahren von Dr. Helmut Kipp, Ehrenbürger der Gemeinde Adalbert Friedrich, Johannes Böckenhoff (Budde), besondere Sammlungen: Matthias Soppenberg, Karl Flück)
- Information der Verbände und Vereine, die die Gemeinde regelmäßig unterstützt, über die finanzielle Situation der Gemeinde, Vorstellung des Energieberichts der Gemeinde, Lob und Dank an Vereine für ehrenamtliche Arbeit – Einbeziehung – auch in gemeinsame Sparüberlegungen
- Information des Rates bzw. des Fachausschusses über die aktuelle Situation in den Raesfelder Kindergärten, insbesondere zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren
- Diskussion und Entscheidung über die Erneuerung der Straßenbeleuchtung zur Energieeinsparung
- Planung und schrittweise Umsetzung bzw. Fertigstellung von Straßen: Langenkamp, Brink, 2. Hälfte Marbecker Straße. Herr Passier wies darauf hin, dass bisher keine Anliegerwünsche vorliegen. Die CDU regt an, die Ausbauplanungen für die genannten Straßen zu erarbeiten und damit in die Bürgerbeteiligung zu gehen. Anstöße dazu müssen ja nicht nur von den Anliegern kommen
- Ein sehr umfassendes Thema sind die Langfristplanungen für die gemeindliche Energieversorgung. Die Veränderung der Strukturen der Energieversorgung in den Kommunen und das Thema Klimaschutz als kommunale Zukunftsaufgabe geht auch Raesfeld etwas an. Wir haben schon eine Menge in die energetische Verbesserung der gemeindlichen Gebäude getan. Das war vorrangig und gut. M.E tun wir aber zu wenig für die Nutzung von erneuerbaren Energien. Die CDU regt an, eine Kommune mit Vorbildfunktion z.B. Saarbeck zu besuchen. Warum informieren wir uns nicht einmal vor Ort in Beispielkommunen? 95 % der Bundesbürger wünschen sich einen weiteren Ausbau von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien. Solartechnik, Fotovoltaik, Kraftwärmekopplung, Blockheizkraft, Fern- und Nahwärmeversorgung, Biogas, Biomassenutzung sind alles Schlagworte, über die fast täglich berichtet wird. Weiß jeder von uns, was damit gemeint ist? Ich glaube nein. Warum machen wir uns nicht

schlau? In der BZ war über ein Pilotprojekt zur Nutzung der gemeindlichen Wallanlagen zu lesen. Was hat es damit auf sich? Ist das für Raesfeld interessant?

- Integration von Migranten
- Informationen zum aktuellen Stand der Aktivitäten der Region Lippe-Issel-Niederrhein, der Regionale und die Einbeziehung von Bürgern
- Größtmögliche Unterstützung durch die Gemeinde bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Die Gemeinde Raesfeld wurde in einem Bericht der Borkener Zeitung vom 16.12.2010 als „Notstandsgebiet“ bezeichnet. Die CDU-Fraktion ist dazu bereit, auch gemeindliche Unterstützung zuzusagen, wenn das bei der Lösung der Frage dienlich ist. Landärzte soll es nicht nur im Fernsehen geben.
- Die Vorgänge um den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs haben deutlich gemacht, dass die Bürger bei wesentlichen Entscheidungen, mitreden wollen. Wir sollten nach CDU-Meinung auch für uns Lehren daraus ziehen und einmal darüber diskutieren, wie wir in Raesfeld Bürgerbeteiligung aktivieren können. Unter dem Titel „Kinder und Jugendliche machen Politik“ besteht eine Internetplattform, die Möglichkeiten einer Partizipation von Kindern und Jugendlichen beschreibt. Vielleicht ist das auch etwas für die Zukunft von Raesfeld. Nach einer aktuellen Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zum Thema Demokratie wünschen sich 59 % der unter 50-Jährigen mehr direkten Einfluss auf politische Entscheidungen.

Die CDU-Fraktion hat sich im Laufe des Jahres 2010 wieder mit sinnvollen Anträgen zu ganz praktischen politischen Fragestellungen eingebracht. Ich nenne hier:

- Den Antrag auf sog. Hinterhofbebauung
- Den Antrag zur Initiierung einer Bürgerstiftung. Einem Bericht der BZ war zu entnehmen, dass statistisch gesehen, die Bürger von Raesfeld „betucht“ sind. Ich bin sicher, dass wir bei dem einen oder anderen auf offene Ohren stoßen
- Den Antrag zur Modifizierung der Vergabekriterien für gemeindliche Grundstücke aus dem Einheimischenmodell
- Antrag zur Nutzung des Angebotes der öffentlichen Büchereien

Die Verwaltung hat uns nach der Hauptausschusssitzung die Haushaltssatzung mit den neuen Zahlen zugeleitet, der

im Ergebnishaushalt mit einem Gesamtbetrag der Erträge von 14.447.400 €,

mit einem Gesamtbetrag der Aufwendungen von 16.217.200 €
abschließt und

im Finanzplan mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd.

Verwaltungstätigkeit von 12.735.500 €,

mit einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd.

Verwaltungstätigkeit von 13.867.400 €,

mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der

Investitionstätigkeit u. Finanzierungstätigkeit von 1.779.400 €

und mit einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der

Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit von 4.065.600 €

festgesetzt werden soll.

Erfreulichste Nachricht ist die, dass Kredite nicht veranschlagt werden, d.h. **die Gemeinde Raesfeld bleibt auch 2011 schuldenfrei**. Diese Schuldenfreiheit müssen wir uns aber mit einer Verringerung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 1.769.800 € teuer erkaufen. Gut, dass wir dazu in der Lage sind. Hinzu kommen 925.000 € Verpflichtungsermächtigungen, die für Investitionsauszahlungen erforderlich werden können. Damit sind der Erwerb von Grundstücken mit 1,565 Mio. € sowie Baumaßnahmen in einer Größenordnung von 2.163 Mio. € finanziert.

Die Verwaltung hatte ja zur Vorberatung im Hauptausschuss dargelegt, warum sie vorschlägt, die Hebesätze der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer anzuheben. Diesem Vorschlag sind die Fraktionen mit Ausnahme der SPD gefolgt.

Ich will mich nicht wiederholen. **Die CDU-Fraktion sieht sich zu diesem Vorgehen ausschließlich durch die rot-grüne Landesregierung gezwungen**. Einsparungen bei nach Überzeugung der CDU-Fraktion wichtigen anderen Haushaltspositionen schlagen wir nicht vor. Weitere Änderungen an dem gesamten Zahlenwerk ebenfalls nicht.

Ich kann für die CDU-Fraktion erklären, dass wir dem Haushalt, der Haushaltssatzung in der zuletzt vorgelegten Fassung einschließlich der Steuererhöhungen und dem Stellenplan incl. einer Bestandsaufnahme der steuerpflichtigen Hundehalter zustimmen.

Sollten sich wider Erwarten aufgrund der landesweit zu spürenden Proteste gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz die Zuweisungen im Zuge der Verabschiedung des Landeshaushaltes noch positiv verändern, behalten wir uns eine Rücknahme der beschlossenen Steueranhebung vor.

Auf einer Fahrradtour an der Donau konnte ich im letzten Jahr bei der Einfahrt in einen kleinen Ort an einem Feuerwehrgeräte- und DRK-Haus lesen:

„ eine Gemeinschaft lebt davon, dass es Menschen gibt, die mehr tun, als sie müssen.“

Raesfeld kann froh sein, viele solcher Menschen zu haben. Dies positiv festzustellen darf nach Meinung der CDU-Fraktion bei einer Haushaltsrede nicht fehlen. Besonderer Dank gilt Friedel Sebastian, der für seinen außergewöhnlichen Einsatz für die Allgemeinheit, speziell hier im Rat der Gemeinde, mit dem Bundesverdienstkreuz zu Recht ausgezeichnet worden ist. Danke aber auch an alle anderen, die sich, wo auch immer, für die Anliegen ihrer Mitmenschen und für die Gemeinde engagieren.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit, nicht ohne dem Bürgermeister danke für die gute Arbeit und Zusammenarbeit zu sagen. Bitte geben Sie den Dank an Ihre Mitarbeiter weiter.

Den Mitgliedern der CDU-Fraktion und den Mitgliedern der anderen Ratsfraktionen sage ich ebenfalls danke. Auch, wenn wir in der Sache nicht immer einer Meinung sind, haben wir doch, bis auf wenige Ausnahmen, weitgehende Übereinstimmung in der Arbeit für unsere Gemeinde.

Danke auch der Presse für die sachliche Begleitung unserer Arbeit.

Danke für`s Zuhören.